



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs

Es informiert Sie:	Annette Geißler
Telefon:	02104/99-1404
Fax:	02104/99-4403
E-Mail:	annette.geissler@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 02.03.2010

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs

Sitzungstermin Montag, den 01.03.2010, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Dr. Norbert J. Stapper

Mitglieder

Lutz Berger
Jens Bosbach
Monika Dinkelmann
Detlef Ehlert
Alexandra Gräber
Ottokar Iven
Moritz Körner
Rolf Kramer
Ralf Küchler
Reinhard Ockel
Meinolf Oexmann
Bernhard Osterwind
Udo Switalski
Dietmar Weiß
Axel C. Welp
Sebastian Wladarz

Verwaltung

Marcel Beckmann
Annette Geißler
Anne Grassberger
Peter Herweg
Daniela Hitzemann

Sigrid Leven
Anne Meyer
Martin M. Richter
Antje Schwörer

Gäste

Helmuth Höhn

Rheinbahn AG

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.11.2009
3. Informationen der Verwaltung
4. Einstellung der Betriebsleistungen auf den Linien 171 und 177 in Velbert 20/010/2010
5. Sachstandsbericht zu aktuellen Planungen und Projekten im ÖPNV 20/011/2010/1
6. Sachstandsbericht DB Rechtsstreit 20/016/2010
7. Fortschreibung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann 20/014/2010
8. Überlegungen im VRR zur Einführung eines Sozialtickets 20/018/2010
9. Nachträge
10. Haushalt 2010 20/007/2010

Nicht öffentlicher Teil

11. Informationen der Verwaltung
12. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr Dr. Stapper, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennachverkehrs. Er stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß ergangen und der Ausschuss beschlussfähig ist. Als Berichterstatter für den Kreistag stellt sich Frau Gräber zur Verfügung.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.11.2009

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung vom 26.11.2009 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Die Verwaltung berichtet über Beschwerden eines Erkrather Bürgers zu Verspätungen und Ausfällen auf der S8 ab Erkrath-Hochdahl S in Richtung Neuss im Januar 2010. Eine Anfrage der Verwaltung an DB Regio hat ergeben, dass die benannten Unregelmäßigkeiten im Abschnitt Erkrath-Hochdahl – Neuss Rheinpark-Center zu einem erheblichen Teil auch in deren Unterlagen dokumentiert sind. Lediglich für den 07.01.2010 ist lt. DB Regio der beschriebene Ausfall nicht nachvollziehbar - an diesem Tag ist dort der genannte Zug als pünktlich erfasst, ebenso für die Fahrt am 22.01.2010, für den eine 10-minütige Verspätung beklagt wird.

Bei den Verspätungen und Ausfällen bzw. Teilausfällen kann seitens DB Regio keine Generalursache festgestellt werden, wenngleich einige Ursachen häufiger erscheinen:

- Für die Ausfälle und Teilausfälle sind oft Fahrzeugstörungen / oder -schäden verantwortlich, welche dann allerdings in der alleinigen Verantwortung des Unternehmens liegen und vom VRR auch entsprechend pönalisiert werden;
- Ferner kann eine "Verspätungsübertragung aus der Vorleistung", welche durch Verspätungen eines Zuges am Endhaltepunkt einer Linie entsteht, die innerhalb der Wendezeiten nicht vollumfänglich aufgefangen werden können, für Unregelmäßigkeiten im Betriebsablauf führen;
- Schließlich spielt die "Zugfolge" im Betriebsablauf eine gewisse Rolle, wobei hier nicht nur der Bereich Wuppertal, sondern auch D-Gerresheim oder D-Flingern aufgeführt wird und dort eine Verspätungszunahme zu verzeichnen ist.

Letzteres führt DB Regio auf die dichtere Streckenbelegung nach Einfädung der S28 sowie auf Verzögerungen bei der Ausfädung der S28 zurück, die im Bahnhof D-Gerresheim nicht kreuzungsfrei möglich ist.

Im Bereich Wuppertal können u. a. auch Bauarbeiten in Remscheid-Lennep ursächlich für Folgeverspätungen der S8 sein, da die RB47 aufgrund dort eingeschränkter Infrastruktur seit dem 16.11.2009 nach einem geänderten Fahrplan im Abschnitt Remscheid - Wuppertal fährt. In Wuppertal Hbf konnten zudem Verzögerungen beim Umsetzen der RB47 zu Verspätungen der S8 führen. Die Bauarbeiten in Remscheid-Lennep dauern zwar noch an, so dass weiterhin (Folge-) Verspätungen der S8 nicht gänzlich auszuschließen sind. Das Betriebsverfahren in Wuppertal Hbf wurde jedoch zum 01.02.2010 geändert, so dass sich nach Auffassung von DB Regio die Gefahr einer Verspätungsübertragung auf die S8 in Richtung Düsseldorf Hbf verringert.

Abschließend weist die Verwaltung darauf hin, dass DB Regio durch den Einsatz neuer Elektrotriebwagen der Baureihe ET 422 eine deutliche Verbesserung der Pünktlichkeit erwartet, von denen einige bereits seit dem 11.02.2010 auf der S8 im Einsatz sind.

Zu Punkt 4:	Einstellung der Betriebsleistungen auf den Linien 171 und 177 in Velbert - Vorlage Nr. 20/010/2010
--------------------	---

Seitens der Verwaltung wird kurz der Hintergrund zur Einstellung der Linien 171 und 177 erläutert. Demnach sieht sich die EVAG aus betriebswirtschaftlichen Gründen veranlasst, die Linien einzustellen und hat bei der Bezirksregierung bereits den entsprechenden Entbindungsantrag von der Betriebspflicht für die vg. Linien gestellt. Dieser Antrag ruht bis zum Entschluss der politischen Gremien. Die EVAG hatte eine Erhöhung des Kilometerpreises gefordert, die de Facto eine Verdopplung des bisherigen Preises bewirkt hätte.

Die Stadt Velbert als finanzierende Gebietskörperschaft hat die Einstellung der Linien in ihren entsprechenden Ausschüssen beschlossen. Dabei wurde ein ergänzender Beschluss gefasst, wonach sinnvolle Alternativmöglichkeiten (Anrufsammeltaxen, Bürgerbusse, Verhandlungen mit den benachbarten Städten zwecks Versorgung mit anderen Linien) als Ersatz für die bisherige ÖPNV-Versorgung gesucht werden sollen, mit der Vorgabe, den bisherigen Finanzrahmen von 77.000,- Euro p. a. nicht zu überschreiten. Dies wird nun seitens der Stadt Velbert geprüft.

Anschließend wurden Fragen zur rechtlichen Zulässigkeit und allgemeine Verständnisfragen seitens der Verwaltung beantwortet.

Die Ausschussmitglieder begrüßen die Suche nach Alternativmöglichkeiten. Seitens des Ausschusses wird um Information über die diesbezüglichen Entwicklungen in Velbert gebeten, was verwaltungsseitig zugesagt wurde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Angelegenheiten des öffentlichen Personennahverkehrs stimmt der Einstellung des Bedienungsangebotes der Essener Verkehrs-AG auf den Linien 171 und 177 im Kreisgebiet zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

CDU	7 Ja-Stimmen
SPD	4 Ja-Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen	1 Nein-Stimme 1 Enthaltung
FDP	2 Ja-Stimmen
UWG-ME	1 Ja-Stimme
Die Linke	1 Nein-Stimme

Zu Punkt 5:	Sachstandsbericht zu aktuellen Planungen und Projekten im ÖPNV - Vorlage Nr. 20/011/2010/1
--------------------	---

Teil 1

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Umsetzung des S - Bahnkonzeptes im Kreis Mettmann und zu Art und Umfang der damit verbunden Beschwerden zur Kenntnis. Der Verwaltung wird der Prüfauftrag erteilt, die Möglichkeit der Einführung einer Art „Beschwerdeplattform“ im Internet zu untersuchen. Damit sollen Beschwerden gebündelt an den Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs gerichtet werden können. Die Verwaltung sagte die Prüfung einer solchen Option zu.

Teil 2

Die Verwaltung erläutert den Hintergrund für den Vorratsbeschluss zur Erschließung des Gewerbegebietes in Erkrath – Unterfeldhaus durch den ÖPNV. So soll der Beschluss des ÖPNV – Ausschusses vorbehaltlich des Beschlusses der Stadt Erkrath gefasst werden. Da das Votum der Stadt Erkrath frühestens am 23.03.2010 erfolgen kann, soll eine zeitliche Verzögerung durch die Vorlage erst im nächsten ÖPNV – Ausschuss vermieden werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs stimmt, vorbehaltlich eines positiven Beschlusses der Stadt Erkrath, den Planungen zur Erschließung des Gewerbegebietes in Erkrath-Unterfeldhaus - zunächst probeweise für ein Jahr - durch die Linie 737 zum kommenden Fahrplanwechsel zu und beauftragt die Rheinbahn AG mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6: Sachstandsbericht DB Rechtsstreit - Vorlage Nr. 20/016/2010
--

Die Verwaltung erklärt, dass es über den in der Vorlage genannten Sachstand hinaus derzeit keine neuen Informationen gibt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Sachstand des DB Rechtsstreitverfahrens zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 7: Fortschreibung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 20/014/2010

Seitens der Verwaltung wird ausgeführt, dass der derzeitige Nahverkehrsplan (NVP) ca. 6 Jahre alt und somit eine Aktualisierung, bzw. Fortschreibung erforderlich ist. Für die Erstellung soll die Unterstützung eines Gutachters hinzugezogen werden. Die entsprechenden finanziellen Mittel sind im Haushalt durch die ÖPNV-Pauschale vorhanden.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss wird verwaltungsseitig erläutert, dass die voraussichtliche Dauer der Fortschreibung noch nicht konkretisiert werden kann. Ob die bisher veranschlagten Mittel ausreichen kann beim derzeitigen Verfahrensstand noch nicht abschließend beurteilt werden. Die kreisangehörigen Städte werden nicht finanziell belastet, da die dem Kreis als Aufgabenträger durch das Land NRW zugeteilten Mittel der ÖPNV-Pauschale verwandt werden. Die kreisangehörigen Städte werden im Rahmen des Fortschreibungsverfahrens selbstverständlich beteiligt. Es soll zunächst der Initialbeschluss gefasst werden, mit dem das formale Verfahren in Gang gesetzt wird. Die Konkretisierung wird zeitnah erfolgen. Seitens des Ausschusses wird darüber hinaus gebeten, dass die Thematiken „Einsatz von umweltfreundlichen Fahrzeugen“, „Qualität“, „Circle Line“ und „Ratinger Weststrecke“ Aufnahme in den NVP finden.

Beschluss:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, mit der Fortschreibung des 2. Nahverkehrsplanes des Kreises Mettmann mit gutachterlicher Unterstützung zu beginnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8: Überlegungen im VRR zur Einführung eines Sozialtickets - Vorlage Nr. 20/018/2010

Verwaltungsseitig werden die Hintergründe zur geplanten Einführung eines Sozialtickets erläutert. Im Koalitionspapier von CDU / Bündnis 90/Die Grünen im VRR ist ein Sozialticket

festgeschrieben, jedoch sollen die Kommunen dadurch nicht finanziell belastet werden. Demzufolge kann die Finanzierung nur über Änderungen in der Tarifstruktur erfolgen.

Es ist vorgesehen, dass der Verwaltungsrat des VRR in seiner nächsten Sitzung zunächst eine Machbarkeitsstudie zum Sozialticket beauftragen wird, in der die unterschiedlichen Szenarien durchgespielt und Folgewirkungen aufgezeigt werden.

Seitens der Fraktionen im ÖPNV – Ausschuss wird das Sozialticket kontrovers diskutiert. Die Machbarkeitsstudie ist zunächst abzuwarten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Einführung eines Sozialtickets im VRR Gebiet zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 9: Nachträge

Es liegen keine Nachträge zur Tagesordnung vor.

Zu Punkt 10: Haushalt 2010 - Vorlage Nr. 20/007/2010

Verfahren der Haushaltsberatungen

Der Vorsitzende rief das in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs fallende Produkt auf. Die Anträge der Fraktionen standen dort zur Beratung und Beschlussfassung an. Es erfolgte zunächst eine Abstimmung über die Veränderungsanträge und abschließend die Gesamtabstimmung über den Haushalt zum Produkt 12.02.01 als Empfehlung für den Kreisausschuss und Kreistag.

Abstimmung über Änderungsanträge

Produktbereich 12 (Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV)

Produkt 12.02.01

Produkt 12.02.01 (Ziffer 1 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der Fraktion UWG-ME

Seite 937 (Ziele in der Produktübersicht)

Die Fraktion UWG-ME beantragt die Aufnahme des folgenden Ziels beim Produkt 12.02.01: Versorgung des Kreisgebietes mit einem bedarfsgerechten ÖPNV unter Berücksichtigung und Nutzung von Wirtschaftlichkeits-, Qualitäts-, Mitgliedschafts- und Beteiligungsaspekten

Begründung

Eines der Hauptprobleme waren in den vergangenen Jahren Qualitätsmängel. Der Passus „vor allem des SPNV im Kreis“ wurde gestrichen, da der VRR für den SPNV zuständig ist und daher eine Einflussnahme hier nicht gegeben ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Produktbereich 12 (Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV)

Produkt 12.02.01

Produkt 12.02.01 (Ziffer 2 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seite 937 (Ziele in der Produktübersicht)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Aufnahme des folgenden Ziels beim Produkt 12.02.01:

Verbesserung des ÖPNV-Angebotes – Vernetzung der kreisangehörigen Städte und spezifischer Kulturstandorte

Begründung

Erfolgreiche Veranstaltungen wie die Biennale und Nacht der Museen haben gezeigt, dass es einen großen Bedarf für intensiv vernetzten und getakteten ÖPNV innerhalb des Kreisgebietes, in Bezug auf Kulturstandorte gibt.

Die Vorhaltung eines solchen Angebotes vermindert den Individualverkehr, verschont Flächen vor der Parkraumbewirtschaftung und erschließt allen Bevölkerungsgruppen die kostengünstige Teilhabe an Kulturangeboten.

Schließlich erscheint eine solche Vernetzung unter dem modernen Servicegedanken in Bezug auf das Tourismuskonzept des Kreises als unverzichtbar.

Die Verwaltung gibt zu bedenken, dass der Kreis nur für konzessionierte Linienangebote zuständig ist, es hier jedoch eher um gelegentliche Zusatzangebote geht. Es wird vorgeschlagen, die Möglichkeit der Vernetzung von Kulturstandorten als Prüfauftrag im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes aufzunehmen.

Dieser Vorschlag findet im Ausschuss allgemeine Zustimmung, so dass die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag zurück zieht.**

Produktbereich 12 (Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV)

Produkt 12.02.01

Produkt 12.02.01 (Ziffer 3 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seite 937 (Ziele in der Produktübersicht)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Aufnahme des folgenden Ziels beim Produkt 12.02.01:

Verbesserung der Mobilität von Menschen mit geringem Einkommen, indem die Einführung eines Sozialtickets innerhalb des VRR unterstützt wird

Begründung

Die beabsichtigte Einführung eines Sozialtickets wird von den Vertreterinnen und Vertretern des Kreises Mettmann in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR zielführend begleitet. Anzustreben ist eine Lösung, die nicht zu Lasten der kreisangehörigen Städte oder der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe erfolgt. Das Sozialticket soll die Mobilität auch jener Bürgerinnen und Bürger sichern, die zum Personenkreis SGB II und SGB XII zählen oder deren Einkommen nur bis zu 10 % über den Zuwendungen für den vorgenannten Personenkreis liegen.

Nach kurzer Diskussion, unter anderem darüber, ob der Veränderungsantrag zum Haushalt 2010 richtig positioniert ist oder besser zu einem spätern Zeitpunkt noch einmal eingebracht werden sollte, **zieht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag zurück.** Es soll zunächst die Machbarkeitsstudie des VRR abgewartet werden.

Produktbereich 12 (Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV)

Produkt 12.02.01

Produkt 12.02.01 (Ziffer 4 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der Verwaltung

Seite 939, Zeile 2

Beträge in €	2010	2011	2012	2013
Planansatz (alt)	10.817.950	10.817.950	10.817.950	10.817.950
Ansatz (neu)	9.817.950	9.817.950	9.817.950	9.817.950

Begründung

Der Ansatz berücksichtigt die Sonderumlagenzahlungen der kreisangehörigen Städte.

Die Sonderumlage Zweckverband VRR beinhaltet u.a. die Ergebnisrechnung des Zweckverbandes VRR aus dem Jahr 2008. Das um 1 Mio. € verbesserte Ergebnis 2008 führt zu einer entsprechend verringerten Sonderumlage VRR der kreisangehörigen Städte.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.
Produktbereich 12 (Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV)
Produkt 12.02.01**

Produkt 12.02.01 (Ziffer 5 der Tischvorlage)

Veränderungsantrag der Verwaltung

Seite 939, Zeile 15

Beträge in €	2010	2011	2012	2013
Planansatz (alt)	10.548.350	10.548.350	10.548.350	10.548.350
Ansatz (neu)	9.548.350	9.548.350	9.548.350	9.548.350

Begründung

Der Ansatz berücksichtigt u.a. die Ergebnisrechnung des Zweckverbandes VRR aus dem Jahr 2008. Das um 1 Mio. € verbesserte Ergebnis 2008 führt zu einer entsprechend verringerten Umlageverpflichtung im Wege der Sonderumlage VRR gegenüber dem Verkehrsverbund Rhein Ruhr.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gesamtabstimmung zum Haushalt

Beschluss:

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2010 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Anschließend stellt der Vorsitzende, Herr Dr. Stapper, die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:45 Uhr

gez.
Dr. Norbert J. Stapper

gez.
Annette Geißler